

Rede zur Aktuellen Stunde

Ausbau der Windenergie steuern, Energieversorgung sichern, Kosten begrenzen: Wirtschaftliche Stärke durch strategische Steuerung der Energiewende

**BJÖRN
LÜTTMANN**
Fraktionsvorsitzender

Plenarsitzung, 25. Februar 2026

Rede des Fraktionsvorsitzenden Björn Lüttmann
Es gilt das gesprochene Wort.

Heute vor 26 Jahren – und zwar auf den Tag genau, am 25. Februar 2000 – wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Bundestag beschlossen.

Und während das Gesetz für die einen im Rückblick „das erfolgreichste Klimaschutzgesetz aller Zeiten“ ist, welches weltweit viele Nachahmer fand, ist es für andere vor allem ein sehr teures Subventionsprogramm, mit gewisser Umverteilungswirkung von unten nach oben, insbesondere durch die bis 2022 bestehende EEG-Umlage. Und weil unsere Gesellschaft im Spannungsfeld dieser unterschiedlichen Einschätzungen lebt – zwischen Zuspruch und Ablehnung der erneuerbaren Energien – deshalb reden wir heute darüber!

Hermann Scheer, einer der Väter des EEG und sozialdemokratischer Vordenker der Energiewende, hat die negativ gemeinte Bezeichnung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes als „Subvention“ immer zurückgewiesen. Für ihn war das Gesetz die einzige Chance, dass die erneuerbaren Energien überhaupt marktfähig, ja konkurrenzfähig, werden.

Ich glaube, Hermann Scheer wäre heute stolz auf Deutschland und besonders stolz auf Brandenburg. Denn heute sind wir hier in Brandenburg Vorreiter der Energiewende!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ausbau des Ökostromanteils in Deutschland ist schon eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte! Lag der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2000 deutschlandweit noch bei ca. 6,3 Prozent, liegt er heute bei fast 60 Prozent. Das ist rund 10mal so hoch!

Und – wir reden so oft davon – in Brandenburg könnte heute rechnerisch der Bruttostromverbrauch schon zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien gedeckt werden.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

fon: 0331 966 1300
mail: bjoern.luettmann
@spd-fraktion.
brandenburg.de

 /SPD-Fraktion Brandenburg
 /spdfraktionbrandenburg
 /spdfraktionbb



Rund 4.000 Windenergieanlagen, 170.000 Photovoltaik-Anlagen, 80.000 Wärmepumpen und 33.000 solarthermische Systeme sind auf brandenburgischem Boden aufgebaut worden. Hinzu kommen mehr als 700 Biogasanlagen, die ebenfalls zu einem wichtigen Rückgrat unserer Energieversorgung geworden sind.

Seitdem wir im Jahr 2000 aufgebrochen sind, sind viele Milliarden Euro in Brandenburg in den Bau von Anlagen, Serviceleistungen, Flächenpachten und Kommunalhaushalte geflossen. Die Umsätze der Brandenburger Wind- und Solarbranche liegen aktuell bei jeweils rund zwei Milliarden Euro jährlich, also insgesamt vier Milliarden Euro. Rund 20.000 Menschen arbeiten in dieser Branche. Das ist schon eine ganze Menge!

Bis 2040, so die Hochrechnung aus der Branche selbst, könnte der Umsatz sogar bei bis zu 13 Milliarden Euro liegen und bis zu 65.000 Menschen dort Arbeit finden. Dafür müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen! Und natürlich profitieren auch unsere Gemeinden durch Steuern, durch den Wind- und Solareuro sowie im besten Fall durch direkten Anschluss an die erneuerbaren Energien, wie es etwa das energieautarke Dorf Feldheim oder der Klimapark Steinhöfel demonstrieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch für viele Unternehmen war diese Vorreiterrolle Brandenburgs bei den erneuerbaren Energien ein wichtiger Grund, sich hier anzusiedeln. Ob die E-Mobilität von Tesla in Grünheide, die Batterievorproduktion und das Recycling der BASF Schwarzheide, die angekündigte Großbatterieinvestition der LEAG am Kraftwerksstandort Jänschwalde, das Großrechenzentrum der Schwarz-Gruppe in Lübbenau oder die Cloud-Ansiedlungen von AMAZON in Baruth/Mark und Finsterwalde – sie alle und viele weitere profitieren von der Verfügbarkeit und dem Ausbau erneuerbarer Energien. Ja, unsere Vorreiterrolle bei den Erneuerbaren Energien ist ein zentraler Standortfaktor für Brandenburg geworden!

Sehr geehrte Damen und Herren, soweit zur Erfolgsgeschichte. Aber natürlich gibt es auch die Schattenseite: Ein Teil der Ansiedlungen von Erneuerbaren Energien – insbesondere im Bereich der Windkraft – verlief ziemlich ungesteuert und wurde teilweise auch gegen die Proteste von Menschen durchgesetzt. Zu unseren Vorschlägen einer besseren Steuerung der Windkraft wird später meine Kollegin Maxi Schmidt ausführen.

Oft genug profitierten auch die Menschen an den Standorten nicht von den dort erzeugten Energien – im Gegenteil: die Brandenburgerinnen und Brandenburger durften jahrelang als „Dank“ für die Ansiedlung der Erneuerbaren auch noch höhere Netzentgelte zahlen, was zurecht als ungerecht empfunden wurde. Gut, dass die Landesregierung hier inzwischen Verbesserungen beim Bund erreicht hat!



Aber: Wenn dann noch Milliarden von Euro gezahlt werden müssen für Strom, der im überlasteten Stromnetz nicht abgenommen werden kann, die so genannten Re-Dispatch-Kosten, wenn man auch die mangelnde Stabilität der Energieleistung von Sonne und Wind zu bestimmten Jahreszeiten berücksichtigt sowie die hohen Kosten der Industrie, ihre Werke auf Erneuerbare umzustellen – dann habe ich schon Verständnis dafür, dass die erneuerbaren Energien teilweise auch an Zustimmung verloren haben.

Hinzu kamen Überforderungen und Ängste der Menschen, wenn plötzlich kurzfristige Umrüstungen der heimischen Heizsysteme angedroht wurden. Stichwort Heizungsgesetz. Ich erinnere mich noch sehr an weinende Senioren in meinem Wahlkreisbüro – das war nicht gut! Das hat bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen und bei vielen Menschen auch! Die Meldung von gestern Abend, dass die aktuelle Bundesregierung sich nun auf einen neuen Kompromiss beim Heizungsgesetz geeinigt hat, ist deshalb sehr zu begrüßen!

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist so wichtig, dass unsere künftige Energie- und Wirtschaftspolitik nicht nur durch Idealismus, sondern vor allem durch ein hohes Maß an Realismus getragen wird. Wir brauchen weiterhin einen sicheren Mix aus erneuerbaren Energien und konventionellen als Absicherung dahinter. So war es ja auch immer geplant: Gaskraftwerke als Übergangstechnologie bis zum Erreichen einer möglichst vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien.

Umso schlimmer traf uns alle die Abschaltung des russischen Gases, das jahrzehntelang ein Garant für unseren Wohlstand war. Die vermeintlich sichere und günstige Versorgung unserer Industrie – und auch die Nutzung des Gases als Übergangsenergie ist seitdem schwieriger. Und unsere Wirtschaft leidet jetzt doppelt: direkt unter höheren Energiepreisen sowie unter dem Druck schnell CO₂-neutral zu produzieren, zumal die CO₂-Bepreisung steigt.

Als SPD-Fraktion wissen wir: Wir müssen künftig noch stärker eine Strategie fahren, die die Erfordernisse des Klimawandels nicht leugnet, die uns aber zugleich wirtschaftlich und sozial nicht überfordert. Neben unserem Einsatz bei der EU und beim Bund, für bezahl- und planbare Energiepreise und für einen verlässlichen Pfad für die klimaneutrale Transformation – müssen wir auch hier in Brandenburg aktiv werden.

Oder um mit den Worten unseres Ministerpräsidenten zu sprechen (ich zitiere):

„Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten und die Strompreise zu senken, müssen wir den Strom verstärkt dort nutzen, wo er erzeugt wird. Das steigert nicht nur die Effizienz der Energienutzung, sondern auch die Akzeptanz in der Bevölkerung!“

Genauso ist es. Der Strom muss möglichst an der Quelle genutzt werden!



Wenn die Menschen vor Ort profitieren, wenn die Wirtschaft günstig produzieren kann, dann steigt auch wieder die Akzeptanz für die erneuerbaren Energien. Da bin ich mir sicher!

Und wir wissen, dass wir diese Akzeptanz brauchen, wenn wir den Klimaplan und die Energiestrategie weiter erfolgreich umsetzen wollen. Unsere Kommunen spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle. Deshalb müssen wir unsere Kommunen dabei unterstützen, die Anforderungen zu erfüllen, die sich aus der kommunalen Wärmeplanung, der Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten, dem Aufbau einer Elektro-Ladeinfrastruktur und der Einführung von Energiemanagementsystemen ergeben.

Und auch unseren Unternehmen müssen wir helfen! Denn einige Industriezweige sind in ihren Produktionsprozessen weiterhin auf Verfahren angewiesen, bei denen unvermeidbar CO₂ entsteht. Das gilt etwa für die Stahl- und die Zementproduktion. Diesen Unternehmen müssen wir dabei helfen, tragfähige Lösungen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu finden. Unter anderem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Investitionen der Unternehmen in die Transformation auch aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanziert werden können.

Es ist klar: Nur gemeinsam – Land, Kommunen und Wirtschaft – ist ein realistischer, wirtschaftlich und sozial verträglicher Umbau unserer Energieversorgung hinzubekommen!

Sehr geehrte Damen und Herren, die flächendeckende Versorgungssicherheit bleibt der zentrale Maßstab unseres energiepolitischen Handelns. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss durch flexible und perspektivisch wasserstofffähige Gaskraftwerke ergänzt werden. Sie sichern die Stabilität des Systems in Zeiten geringer Einspeisung und schaffen Vertrauen bei Unternehmen wie bei Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Brandenburger Kraftwerksstandorte bieten mit ihrer vorhandenen Infrastruktur sehr gute Ansiedlungsbedingungen und dürfen durch die Ausschreibungsmodalitäten auf der Bundesebene nicht benachteiligt werden. Vielmehr brauchen wir hier einen verlässlichen Investitionsrahmen, der für unsere Kraftwerkstandorte faire Investitionschancen sicherstellt. Dafür setzen wir uns beim Bund ein – dazu fordern wir die Bundesregierung auf!

Sehr geehrte Damen und Herren, um unseren Standortvorteil bei der Wind- und Solarenergie für die Brandenburger Wirtschaft weiter auszubauen, sollten wir in Brandenburg erzeugten Strom möglichst vor Ort nutzen und speichern; den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Ausbau von Netzen und Speicherkapazitäten synchronisieren; eine verlässliche Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen hinbekommen und eine faire Verteilung der



Netzentgelte und eine weitere Absenkung der Redispatch-Kosten erreichen. Das müssen wir jetzt schaffen!

Und auch die Bundesregierung hat das erkannt und arbeitet an einem Gesetzentwurf. Nachdem ein Industriestrompreis bereits auf dem Weg ist, geht es jetzt um die stärkere Steuerung des Stromnetzzugangs, die mögliche Verpflichtung der Einspeiser, sich am Bau der Infrastruktur zu beteiligen, und die Reduzierung von Entschädigungszahlungen für nicht abgenommenen Strom (Redispatch). Das findet größtenteils unsere Zustimmung!

Brandenburg wird sich nun – in Form unseres Ministerpräsidenten Dietmar Woidke und unseres Wirtschaftsministers Daniel Keller – aktiv in die weitere Ausgestaltung dieses Gesetzes einbringen! Immer mit dem Ziel: Den Ausbau der Erneuerbaren weiter vorantreiben! Und gleichzeitig: Die Netzentgelte und Strompreise weiter und dauerhaft senken! Denn eins ist doch ganz klar: Die Energiewende muss für alle fair sein!

Sehr geehrte Damen und Herren, 26 Jahre Erneuerbare-Energien-Gesetz sind eine Erfolgsgeschichte, ohne Zweifel. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten fordert uns die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien auch stark heraus!

Was aber gar nicht geht, ist die Rückkehr zu alten Mustern, wie sie etwa hier von der rechten Seite kommen. Wir werden sie ja gleich wieder hören, die alte Platte mit dem vermeintlichen Schlager: „Wenn wir nur zu Atomkraft und Kohle zurückkehren, dann wird alles wieder gut.“

Ganz im Ernst: Problemlösungskompetenz hat die AfD hier wieder nicht zu bieten. Und was die AfD immer verschweigt: Welche Dörfer in der Lausitz sollen denn als nächstes abgebaggert werden? Und wo genau in Brandenburg wollen sie eigentlich das notwendige Atommüllendlager aufmachen? Darauf hätte ich gern mal eine Antwort!

Nein, wir brauchen in diesen Zeiten keine rückwärtsgewandten Schwarzmaler, sondern Optimistinnen und Optimisten. Und ich bin davon überzeugt, wenn wir die Energiewende realistischer, wenn wir sie wirtschaftlich und sozial verträglicher machen, wenn wir sie vernünftig steuern, dann kann die Verbindung von erneuerbaren Energien und wirtschaftlicher Entwicklung eine noch größere Erfolgsgeschichte werden, ja, ein Zukunftsprogramm für Brandenburg!

